



Beschlussvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2018/04344**
Datum: 13.09.2018
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: DLZ Klimaschutz
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Personalangelegenheiten	02.10.2018	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	16.10.2018	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	17.10.2018	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	24.10.2018	öffentlich Entscheidung

Betreff: Verbundprojekt: Steuerungsmodell für eine klimaresiliente Smart City mit Reallaboren in Halle (Saale) und Mannheim Akronym: SMARTilience
Teilvorhaben: Kommunales Geoinformationssystem als Entscheidungsgrundlage für Klimathemen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Stellenplans 2019 um eine Stelle, befristet bis 31.12.2021:

Amts-/Funktionsbezeichnung	Besoldungsgruppe Entgeltgruppe	Anzahl der Stellen in VZS
Projektmanager (m/w) Klimaanpassung/Vulnerabilität r	E13	1,000

René Rebenstorf
Beigeordneter

Darstellung finanzielle Auswirkungen

Für Beschlussvorlagen und Anträge der Fraktionen

Finanzielle Auswirkungen

ja

nein

Aktivierungspflichtige Investition

ja

nein

Ergebnis Prüfung kostengünstigere Alternative

Keine günstigere Alternative

Folgen bei Ablehnung

Fördermittelausfall von 346.371,67 Euro und keine Projektumsetzung

A Haushaltswirksamkeit HH-Jahr ff.	Jahr	Höhe (Euro)	Wo veranschlagt (Produkt/Projekt)
Ergebnisplan	Ertrag (gesamt)	2019 2020 2021	107.582,75 161.823,15 76.965,77 1.56141
	Aufwand (gesamt)	2019 2020 2021	107.582,75 161.823,15 76.965,77 1.56141
Finanzplan	Einzahlungen (gesamt)		
	Auszahlungen (gesamt)		

B Folgekosten (Stand:		ab Jahr	Höhe (jährlich, Euro)	Wo veranschlagt (Produkt/Projekt)
Nach Durchführung der Maßnahme zu erwarten	Ertrag (gesamt)			
	Aufwand (ohne Abschreibungen)			
	Aufwand (jährliche Abschreibungen)			

Auswirkungen auf den Stellenplan
Wenn ja, Stellenerweiterung:

ja

nein

Stellenreduzierung:

Familienverträglichkeit:

ja

Gleichstellungsrelevanz:

ja

Begründung:

Die Stadt Halle (Saale), Dienstleistungszentrum Klimaschutz, hat sich in einem Verbundprojekt im Rahmen der „Umsetzung der Leitinitiative Zukunftsstadt“ im Themenbereich „Klimaresilienz durch Handeln in Stadt und Region“ um das Teilvorhaben „Kommunales Geoinformationssystem als Entscheidungsgrundlage für Klimathemen“ beworben. Gesamtziel des Verbundprojektes SMARTilience ist die Entwicklung eines Steuerungsmodells für die klimaresiliente Stadtentwicklung (Prototyp), das Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen integriert, ressortübergreifend angelegt ist und sozio-technische, smarte Tools einsetzt, um Hürden in der Stadtplanung und -entwicklung zu überwinden. Dazu ist die Erprobung des Steuerungsmodells in den Reallaboren Halle (Saale) und Mannheim integrativer Projektbestandteil. Die Toolbox stellt für Städte und Gemeinden „Werkzeuge“ zur Verfügung, die je nach Bedarf, je nach Rahmenbedingungen und je nach Voraussetzungen zur Steuerung von Klimaresilienz-Strategien und -Projekten eingesetzt werden können. Diese „Werkzeuge“ sind an die verschiedenen Aspekte von Klimaresilienz adressiert, so z.B. zur CO₂-Vermeidung, zum Umgang mit Starkregen und/oder Hitzeinseln bis hin zu Hochwasser- und Katastrophenschutz.

Die Stadt Halle (Saale) ist vor allem in den vergangenen Jahren zunehmend von den Auswirkungen klimatischer Veränderungen betroffen. Ein Schwerpunkt liegt deshalb auf der ressortübergreifenden, systematischen Nutzung von Geodaten. Die kommunalen Geodaten stellen große Potenziale dar, die noch nicht umfassend für die Klimathematik genutzt werden. Im Verbundprojekt werden Instrumente für die datengestützte Steuerung, Planung und Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen entwickelt und angewendet, die an diesem Potenzial ansetzen. So werden die vorhandenen Daten analysiert, ressortübergreifende Synergien und Einspareffekte aufgedeckt, Optimierungspotentiale für Datenbestände identifiziert und anwenderzentrierte Datennutzungsstrategien entwickelt. Diese werden dann in entsprechende Konzepte integriert. Basierend auf Geoinformationsdaten werden lokale Maßnahmen priorisiert und ihre Umsetzung vorbereitet. Darüber hinaus werden Betroffenheiten, Bedarfe und Anpassungspotentiale für die Kommunikation innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung visualisiert. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Anwenderinnen und Anwendern bzw. Nutzerinnen und Nutzern von Geodaten im Konzern Stadt ist im gesamten Projekt unerlässlich.

Bis zum IV. Quartal 2018 wird mit einem Zuwendungsbescheid für das Verbundprojekt gerechnet. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und enthält eine Zeitkette, in welcher verschiedene Aufgaben abgearbeitet werden und entsprechend abzurechnen sind. Zur Umsetzung des Projektes wird eine zusätzliche Stelle benötigt, welche im Dienstleistungszentrum Klimaschutz verankert wird. Projektbezogen ist somit eine Befristung der Stelle von drei Jahren vorgesehen.

Die Refinanzierung stellt sich wie folgt dar:

Zuwendungsfähig bzw. förderfähig sind die Ausgaben

- für den Arbeitnehmerbruttolohn, einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung,
- für notwendige Reisekosten gemäß dem Bundesreisekostengesetz und Ausgaben für Veranstaltungen und Workshops, die unmittelbar durch das Projekt entstehen und zur Projektdurchführung erforderlich sowie dem Projekt direkt zuzuordnen sind,
- für die Vergabe von Aufträgen, insofern z.B. Datenlücken geschlossen werden müssen,
- für Geschäftsbedarf und Verbrauchsmaterialien.

Gemäß Finanzierungsplan im Projektantrag sind Personalkosten im Projektzeitraum von drei

Jahren von insgesamt 199.771,67 Euro und Sachkosten in Höhe von 146.600,00 Euro beantragt.

Der Beschluss zur Erweiterung des Stellenplans 2019 um eine Stelle steht ausschließlich unter dem Vorbehalt, dass das oben genannte Verbundprojekt einen Zuwendungsbescheid erhält, der mindestens den Personalkostenansatz in voller Höhe abdeckt. Ist der Personalkostenansatz nicht vollständig abgedeckt, ist der Beschluss zur Erweiterung des Stellenplans 2019 hinfällig, da keine Refinanzierung durch die Stadt möglich ist. Dies wurde dem Fördermittelgeber bei Abgabe der Antragsunterlagen mitgeteilt.

Der Beschluss ist erforderlich, um die finanziellen Mittel in entsprechenden Haushaltsansätzen einzustellen und das Einleiten eines ordentlichen Stellenbesetzungsverfahrens zu gewährleisten.